

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 197/2010  
22.07.2010**

### **Winfried Kretschmann: Keine Überraschung, außer vielleicht für die Landesregierung**

#### **Grüne begrüßen Wirtschafts- und Forschungsgutachten**

Die Ergebnisse des Gutachtens, das McKinsey und das IAW für die Landesregierung erstellt, sind nach Ansicht des grünen Fraktionsvorsitzenden Winfried Kretschmann keine wirkliche Überraschung, außer vielleicht für die Landesregierung. "Damit hat Schwarz-Gelb es schwarz auf weiß, dass Baden-Württemberg grüne Wirtschaftspolitik braucht" sagte Kretschmann. "Wer die Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Weltmarkt aufmerksam beobachtet weiß, welche Chancen für ein exportorientiertes Industrieland wie Baden-Württemberg in den Bereichen Umwelttechnik, Ressourceneffizienz und nachhaltige Mobilität liegen", sagte Kretschmann. Bemerkenswert sei eher, dass eine Landesregierung dazu noch ein Gutachten einer Unternehmensberatung braucht. "In der baden-württembergischen Wirtschaft ist das Wissen um die Potenziale der grünen Wirtschaft viel tiefer verankert ist als in der Landesregierung." Nicht anders sei zum Beispiel zu erklären, dass Ministerpräsident Mappus hartnäckig an der Altindustrie Kernkraft festhalte und damit die Entwicklung auf dem Gebiet regenerativer Energien mit ihren immensen Chancen für neue Arbeitsplätze ausbremse. Kretschmann: "Wenn Mappus schon nicht auf die Grünen hört, sollte er wenigstens auf seine eigenen Gutachter hören und Konsequenzen für seine Regierungspolitik ziehen. Es liegt auf der Hand, dass wir eine Modellregion für nachhaltige Mobilität brauchen, in der sparsame Autos und guter öffentlicher Verkehr mit modernen Informationstechnologien verknüpft werden. Zukunftsfähige Mobilität ist aber etwas anderes als das Vergraben von Bahnhöfen, und die Windkraftblockade der CDU ist exemplarisch dafür, wie man wichtige Trends verschläft oder sogar bekämpft. Sowa kann sich Baden-Württemberg ökologisch und ökonomisch nicht länger leisten. Und eine gute und ausreichende Kinderbetreuung ist heutzutage die Basis für eine wirtschaftlich gute Standortpolitik – Pflicht, nicht Kür."